

Wir sind gewarnt!

Wälder statt Skipisten und kaum noch Autos in den Städten: In den nächsten zehn Jahren führt kein Weg an einer radikalen Veränderung des alltäglichen Lebens mehr vorbei

VON WALTER OSZTOVICS



Illustration: Francesco Ciccotelli für DIE ZEIT

Vielleicht sollte man sich doch einmal in das Jahr 2030 versetzen. Wie würde die Bilanz der dann zu Ende gehenden Zwanzigerjahre ausfallen? Jedenfalls wäre das Ergebnis deutlich aufregender, als es bei einem heutigen Rückblick auf die letzte Dekade ist. Während die Welt von 2020 ja doch im Wesentlichen noch die gleiche ist wie jene von 2010, stehen nun Veränderungen bevor, die den Alltag, die Lebensweise und das Wirtschaftssystem ziemlich gründlich umkrempeln werden. Die meisten dieser Veränderungen müssen und werden Menschen selbst vornehmen, der Wandel bricht nicht einfach so über sie herein. Doch welche Initiativen die Gesellschaft in den nächsten Jahren unternimmt, welchen Weg sie einschlägt, entscheidet über ihre Zukunft.

Diese etwas pathetisch klingende Schlussfolgerung ergibt sich aus der Arena Analyse 2020 – *Wir wissen, was wir tun*. Diese Studie, die auf Expertenbefragungen beruht, wird seit 2006 jedes Jahr vom Wiener Beratungsunternehmen Kovar & Partners in Zusammenarbeit mit der ZEIT und der Tageszeitung *Der Standard* durchgeführt. Ziel ist es, zukünftige Trends aufzuspüren und ihre Hintergründe auszuleuchten. Dafür wurden 48 Tiefeninterviews und schriftliche Beiträge von Expertinnen und Experten ausgewertet.

Der Titel der Studie spielt darauf an, dass Österreich und Europa keineswegs auf ein unbekanntes Morgen zusteuern. Was dem Kontinent und der gesamten Welt bevorsteht, ist seit Langem bekannt. Niemand kann behaupten, dass ihn die nächsten Jahre unvorhersehbar treffen. Der Klimawandel und die Digitalisierung, besser: die Datenwirtschaft, werden die großen Treiber dieses Wandels sein. Man weiß um die Herausforderungen, die sich daraus ergeben.

Trotzdem bleibt derzeit die Beschäftigung damit immer noch ein wenig abstrakt: ein bisschen ungläubiges Kopfschütteln angesichts der Macht der Cyber-Monopolisten, ein gelegentliches Seufzen über schneelose Winter und sommerliche Hitzewellen. Jetzt plötzlich haben beide Phänomene eine Eskalationsstufe erreicht, die zum Handeln zwingt. Und zwar im doppelten Sinn: Jeder und jede einzelne wird sein persönliches Alltagsverhalten ändern, ob es ihm passt oder nicht. Und die Politik kommt immer stärker unter Zugzwang, weil die Bürger und Bürgerinnen verlangen, dass neue Gesetze sie unterstützen. Schließlich kann sowohl der Wandel zu einer klimaneutralen Wirtschaft als auch die Zähmung der Big-Data-Giganten nur gelingen, wenn alle dazu verpflichtet werden, am selben Strang zu ziehen. In den Zwanzigerjahren wird daher auch der Ruf nach dem Primat der Politik, nach einem starken Staat oder einer starken Staatengemeinschaft immer lauter erschallen.

Beim Kampf gegen die Hitze, nämlich die Erderwärmung, ist genau das bereits passiert. Es war der Druck aus der Bevölkerung, die durchgehende Popularität der Fridays-for-Future-Bewegung, die den Green Deal der EU überhaupt möglich machten. »Wir haben euch verstanden!«, erklärte denn auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei der Präsentation eines Plans, der zwar von vielen als wenig ambitioniert kritisiert wurde, der aber trotzdem

sämtliche Mitgliedsstaaten ins Grübeln bringt, wie sie die beschlossene Reduktion der Treibhausgase bis 2030 hinkriegen sollen.

Als Optimist will man einmal annehmen, dass die Übung gelingen wird. Wenn man also erneut in Gedanken ins Jahr 2030 springt – wie sieht das Europa dann aus, in dem man landet? Von den Veränderungen im Sektor Industrie und Energie, dem Treibhausgasverursacher Nummer eins, wird man wenig bemerken, höchstens dass die Zahl der Windräder und der Photovoltaik-Dächer stark zugenommen hat. Im Westen Österreichs fällt am Landschaftsbild auf, dass die meisten Skipisten unterhalb von 1500 Metern aufgeforstet wurden und jetzt von jungen Laubbäumen bedeckt sind – offensichtlich erwartet niemand, dass dort so bald wieder Schnee fallen wird.

Würste und Burger werden aus veganen Ersatzstoffen hergestellt

Die CO₂-Einsparungen beim Verkehr mussten durch radikale Schritte erzwungen werden. In den Städten fahren 2030 kaum noch Autos, weil die Mautgebühren so hoch sind. Man kommt auch wegen der vielen Radwege und Begegnungszonen kaum noch voran, mit den öffentlichen Verkehrsmitteln geht es wesentlich leichter und schneller. Abseits der Bus- und Tramlinien stehen überall kleine zwei- oder vierrädrige E-Fahrzeuge herum, die um wenig Geld benutzt werden können. Auch draußen in den Dörfern hat der Autoverkehr stark abgenommen, seit es üblich geworden ist, über Online-Plattformen überall kurzfristig Fahrgemeinschaften zu organisieren, die mit geförderten E-Minivans abgewickelt werden. Für Lkw und Busse wurden auf den Autobahnen durchgehend Oberleitungen errichtet. Auf Landstraßen dürfen Großfahrzeuge weiterhin Biodiesel benutzen, solange die Wasserstoff-Technologie auf sich warten lässt.

Auffällig in allen großen und kleinen Städten: Wo noch 2020 Fahrzeuge parkten, stehen jetzt Bäume. Nicht nur wegen der CO₂-Gesamtbilanz, sondern auch zur Kühlung in den heißen Sommern. Denn mit dem Eindämmen des Klimawandels ist nur die Hälfte der notwendigen Anpassungen bewältigt. Teil zwei muss sich mit der Art und Weise beschäftigen, wie man in einer erwärmten Welt lebt – auch wenn die Erwärmung dank aller Anstrengungen nur 1,5 Grad und nicht 4 Grad beträgt. Künstliche Kühlung wird in Wohnungen und Büros schon 2030 ebenso selbstverständlich sein wie eine Heizung. Allerdings müssen dafür neue Lösungen gefunden werden, denn die althergebrachten Klimaanlagen fressen Strom und heizen durch ihre Abwärme die Straßen zusätzlich auf. Fernkälte ist ein erster Schritt zu einer besseren Lösung, langfristig aber lautet das Ziel, Wohnungen so zu bauen und zu dämmen, dass die gewünschte Raumtemperatur mit einem Minimum an Energie erreicht werden kann. Im Hinblick auf den Green Deal wurden im Laufe der Zwanzigerjahre fast alle mit fossilem Brennstoff arbeitenden Heizungen ausgetauscht.

Als härtester Brocken auf dem Weg zu einem klimaneutralen Europa erweist sich ein zweites noch die Landwirtschaft, noch ist nicht absehbar, wann aus den Zielen des Green Deals verbindliche Grenzwerte werden. Wie die europäische Landwirtschaft 2030 aussehen wird, darüber lässt sich daher

nur spekulieren: Müssen die großen Rinderzuchtbetriebe schließen, weil sie die Methan-Grenzwerte überschreiten? Müssen Sie sich durch Emissionshandel freikaufen? Oder wird Rindfleisch schlicht durch Treibhausgas-Steuern verteuert?

Ein durchaus plausibles Szenario geht davon aus, dass Fleisch nur mehr aus extensiver Weidewirtschaft stammen und entsprechend teuer sein wird, während überall dort, wo heute Massenprodukte verwendet werden – Burger, Würste, Fast-Food-Schnitzel –, vegane Ersatzprodukte zum Einsatz kommen. Viele landwirtschaftliche Flächen werden aufgeforstet werden, denn CO₂ muss nicht nur ein-

gespart, sondern auch aktiv der Atmosphäre entzogen werden, weshalb sich die schlaun Bauern wohl über kurz oder lang das Anlegen von dauerhaften Wäldern durch Prämien belohnen lassen werden.

Die Macht der Konsumenten wird die großen Daten-Monopole knacken

Fest steht, dass in diesem Bereich gewaltige Veränderungen anstehen, denn die Landwirtschaft ist in Europa der drittgrößte Verursacher von klimaschädlichen Emissionen. Zwei Drittel der Probleme entstehen durch Tierhaltung, also durch Mist und Gülle und

durch den mittlerweile berüchtigten Verdauungsprozess der Wiederkäuer. Es sind letztlich die Bürger, die Änderungen erzwingen werden – entweder durch politischen Druck oder durch Konsumverweigerung.

Die Macht der Konsumenten ist es auch, die schon bald die Macht der großen Datenmonopole knacken wird. Dieser Paradigmenwechsel zeichnet sich ebenfalls bereits ab, wenngleich er noch sehr am Anfang steht. Die problematischen Begleiterscheinungen der Digitalisierung, die seit Langem beobachtet und diskutiert werden, streben in zwei Punk-

Fortsetzung auf S. 20

ANZEIGE

ZEIT EDITION

Eine kunterbunte Bücherkiste für das ganze Jahr

Nehmen Sie Ihre Kinder mit auf eine bunte Reise durch das Jahr. **12 preisgekrönte Bilderbücher** der ZEIT-Edition »Mein Jahr im Bilderbuch« warten darauf, entdeckt zu werden.

Sichern Sie sich jetzt die letzten Exemplare!
Erneut reduziert: **Nur 39,95€* statt 99,95€**

Jetzt 60 € sparen!

Für jeden Anlass das passende Buch!




Illustrationen aus »Reim dich durch den Januar und den Rest vom ganzen Jahr« von Daniela Kulot, Gerstenberg Verlag

Jetzt verschenken: shop.zeit.de/bilderbuch ☎ 040/3280-101 @zeitshop@zeit.de

*zzgl. 4,95 € Versandkosten | Bestell-Nr.: 30417 | Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg



Die Experten der Studie

Johannes Attems, Wolfgang Bogensberger, Ulrich Brand, Fritz Breuss, Barbara Coudenhove-Kalergi, Nora Deinhammer, Brigitte Ederer, Cornelia Ehmayer-Rosinak, Caspar Einem, Claus Faber, Gabriele Gerbasits, Martin Gerzabek, Julian Hadschieff, Friedrich Hinterberger, Ingmar Höbarth, Karl Kienzl, Nicole Koenig, Christoph Konrath, Johannes Kopf, Franz Kühmayer, Eva Lichtenberger, Lorenz Lassnigg, Bernhard Marckhgott, Gottfried Marckhgott, Irina Nalis-Neuner, Christoph Neumayer, Willi Nowak, Verena Nowotny, Ronald Pichler, Nina Poxleitner, Wolfgang Preisinger, Christian Rakos, Georg Reischauer, Barbara Ruhmann, Walter Säckl, Birgit Schatz, Gabriele Schmid, Georg Schöppl, Heidi Schrodt, Edward Strasser, Agnes Streissler-Führer, Christian Swertz, Reinhard Uhrig, Jürgen Turek, Johannes Webhofer, Manfred Welan, Bernhard Winkler, Ruth Wodak

Wir sind gewarnt! Fortsetzung von S. 19

ten einer Eskalation zu: Erstens hat die Datenwirtschaft neue Formen der Ausbeutung geschaffen. Und zweitens droht sie zu einem System der Bevormundung und der Abhängigkeit zu werden.

Ausbeutung entsteht zum einen durch fragwürdige Geschäftsmodelle der Plattform-Ökonomie, durch die Umgehung von Sozialstandards und Steuervermeidung – diese Probleme wurden mittlerweile oft beschrieben und werden auch bereits bekämpft. Für die Zukunft geht es aber um mehr, nämlich um die Eigentums- und Verfügungsrechte über die Daten an sich. Daten sind der wertvollste Rohstoff der Zukunft. Sie sind das wesentliche Produktionsmittel des am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweigs. Dieser Rohstoff wird von seinen eigentlichen Eigentümern, den Konsumenten, laufend gratis geliefert. Den Profit aus der Nutzung der Daten ziehen Unternehmen, die sich den Zugriff auf diese Daten gesichert haben und denen dieser Zugriff bisher freiwillig ohne großen Widerstand gewährt wurde.

Das tägliche Leben der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den Industriestaaten – und nicht nur dort – besteht schon heute aus einer fast lückenlosen Abfolge von Datenströmen. Jener Bereich, der früher Privatsphäre genannt wurde, existiert im Grunde nicht mehr. Was immer man tut, sagt oder schreibt, wird von irgendjemandem beobachtet, registriert, gespeichert und bei Bedarf ausgewertet – vom morgendlichen Weckruf über Telefonate mit Geschäftspartnern und die unterschiedlichen Formen der digitalen Kommunikation bis hin zum Pulsschlag unter dem Fitnessarmband am Handgelenk. Das

dieser Irgendjemand ein anonymes, kalt vor sich hin kombinierendes Großrechner ist, macht die Sache keineswegs besser.

Die Digitalisierung und Vernetzung aller Lebensbereiche wird in den nächsten Jahren beschleunigt weiterentwickelt werden, weil sie allen Beteiligten einen enormen Gewinn an Komfort bringt: Es ist doch schön, wenn sich dank regelmäßiger Big-Data-Analysen die Gefahr von Grippe-Epidemien verringert oder die Straßenbahn pünktlicher kommt, weil der Fahrplan präziser auf das Fahrgastaufkommen abgestimmt wird. Schön auch, wenn einen das ganz besondere Brot, das so gut schmeckt, im Supermarkt stets grade frisch erwartet, weil der Computer die Einkaufsgewohnheiten genau kennt. Bei der jährlichen Gesundheitsuntersuchung können die Algorithmen in der Spitalsambulanz nicht nur auf die laufenden Aufzeichnungen der diversen Wearables – Schrittzähler, Herz- und Atemfrequenz, automatische Schweiß- und Speichelanalysen – zugreifen, sie werden von den diversen Kundenclubkarten auch über Ernährungs- und Hygienegewohnheiten informiert.

Auf die Zeit der Deregulierung folgen nun Jahre verstärkten Einflusses des Staates

Im letzten Beispiel schlägt der höhere Komfort bereits in Abhängigkeit um. Wenn künftig ein Rechenprogramm nicht nur alles über jemanden weiß, sondern auch entscheiden darf, wie hoch die jeweilige Versicherungsprämie sein soll, ob jemand den gewünschten Kredit erhält oder ob er für einen Job geeignet ist – dann ist der Punkt erreicht, wo

sich der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger regt. Vor allem dann, wenn diese Entscheidungen an Systeme der künstlichen Intelligenz übertragen werden und damit gleich doppelt der Kontrolle entzogen sind: Man hat keinen Einfluss mehr darauf, wer welche Daten über einen besitzt. Und man hat keinen Einfluss auf die Kriterien, nach denen der sich ständig selbst perfektionierende Algorithmus über jemanden entscheidet.

Der Kampf gegen die neuen kalten Mächte hat bereits begonnen, wenn auch zaghaft, und er wird eines der Leitmotive der kommenden Jahre sein. Die Digitalisierung tritt in die Opt-in-Ära, wo es möglich ist, die Vorteile von Big (und Small) Data zu nutzen, wo aber die Entscheidungen bei den Konsumenten liegen, die ihre Macht zu nutzen wissen. Ein erster Vorgeschmack: Als 2018 zunächst die Datenmissbrauchsskandale rund um die Wahlkampfhelpers von Cambridge Analytica bekannt wurden und später die Europäische Datenschutzverordnung in Kraft trat, verlor Facebook innerhalb kurzer Zeit EU-weit rund eine Million User, im Sommer 2018 brach der Aktienkurs um fast 20 Prozent ein. Es war nur ein vorübergehender Schwächeanfall, doch er zeigte, wodurch Datenkraken verwundbar sind: durch den Druck der Massen einerseits, die ihre Rolle sowohl als User als auch als Aktionäre ausspielen. Und andererseits durch passende gesetzliche Regelungen, die auch für das vermeintliche Niemandsland des Internets klar definieren, was zulässig ist und was nicht.

Auf diese Weise wird der Kampf gegen die Hitze des Klimawandels und die parallel stattfindende Schlacht gegen die Kälte der neuen Cyberwelt auch das politische System verändern. Auf das Zeitalter der Deregulierung folgen nun wieder Jahre des ver-

stärkten Einflusses des Staates und der Wunsch nach Gestaltung jener Märkte, in die man ja schon seit der letzten Finanzkrise kein Vertrauen mehr hat. Die Cyber-Giganten werden ihre Macht nicht freiwillig hergeben. Ein klimaneutrales Wirtschaftssystem entsteht auch nicht von selbst, wie sehr auch grüne Technologien boomen und Investorengelder anlocken mögen. In beiden Fällen kann die Transformation nur gelingen, wenn die Politik ausreichend klare Spielregeln schafft, ob es sich dabei nun um Verbote oder kartellrechtliches Einschreiten handelt, um Anreize durch das Steuersystem oder auch um öffentliche Angebote, die mit unerwünschten Markterscheinungen in Konkurrenz treten.

Weil es nicht anders geht, steht der Multilateralismus vor einer Renaissance

Der Begriff Staatseinfluss darf dabei nicht wörtlich genommen werden. Tatsächlich handelt es sich sowohl beim Klimaschutz als auch bei der Zählung der Datenwirtschaft nicht um staatliche, sondern um globale Herausforderungen. Da kommt es natürlich ungelegen, dass die schöne Idee des Multilateralismus schon seit einiger Zeit unter Druck geraten ist. Vor allem die »America first«-Ideologie und die auf Konfrontation angelegte US-Handelspolitik haben internationale Institutionen geschwächt. Die USA haben sich sogar explizit vom Pariser Klimaschutzabkommen verabschiedet.

Aber auch hier nimmt die Gegenbewegung bereits Fahrt auf. Im September starteten Deutschland und Frankreich eine »Allianz für Multilateralismus«, der sich spontan 50 Länder anschlossen. Vieles spricht dafür, dass die EU nach dem Austritt Großbritan-

niens an Handlungsfähigkeit gewinnen wird. Und nach genauem Hinsehen stellt man fest, dass große Staaten wie China oder die USA zwar auf Abkommen und internationale Verpflichtungen pfeifen, tatsächlich aber sehr wohl unter dem Druck der eigenen Bevölkerung die offiziell abgelehnte Politik zum Teil nachvollziehen. In den USA sind es einzelne Bundesstaaten und die großen Metropolen, die ambitionierte Klimastrategien umsetzen wollen. China setzt zwar auf Kohlekraftwerke, startet aber zugleich ein großes Aufforstungsprogramm, forciert die E-Mobilität und will im Herbst in Leipzig bei einem Gipfeltreffen mit der EU über Klimaschutz reden.

Schließlich ist das Reich der Mitte der größte Produzent von Lithium-Ionen-Batterien. Und von denen wird man bis 2030 eine Menge brauchen.

Mehr Österreich



HELENE KLAAR

Vor der Wiener Rechtsanwältin und Expertin für Scheidungen fürchten sich nicht nur Männer **Wirtschaft S. 30**

ANZEIGE

ZEIT FÜR GRAZ

23. Januar 2020 • Graz



Im Rahmen des Graz Kulturjahres 2020 steht die steirische Landeshauptstadt im Zeichen der urbanen Zukunft und wird zum Zentrum einer umfassenden Beschäftigung mit den virulenten Fragestellungen unserer Zeit und zur Zukunft unserer Städte. Zum Auftakt dieses Kulturjahres veranstaltet DIE ZEIT am 23. Januar 2020 die Konferenz ZEIT für GRAZ und greift dessen Schwerpunktthemen Umwelt und Klima, Digitale Lebenswelten, Urbanismus, Soziales Miteinander und Arbeit von Morgen auf. Internationale Expert*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen, am Kulturjahr Beteiligte und interessierte Bürger*innen diskutieren gemeinsam, welchen Einfluss der Klimawandel auf unsere Städte hat, welche Möglichkeiten und Herausforderungen die Digitalisierung bietet und wie die Orte der Arbeit der Zukunft aussehen werden.

Weitere Informationen und Anmeldung finden Sie unter www.convent.de/graz

Veranstalter:
CONVENT.de
 EIN UNTERNEHMEN DER ZEIT VERLAGSGRUPPE

Kooperationspartner:
TOURISMUS GRAZ



Zeitverlag Gard Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg; Convent Gesellschaft für Kongresse und Veranstaltungsmanagement mbH, Senckenberganlage 10-12, 60325 Frankfurt am Main